

1 Überlegungen zu einer zeitgemäßen Positionierung von Sozialdemokrat*innen.

2 Wolfgang Uellenberg-van Dawen

3

4 Zur globalen Dimension der Pandemie

5 Die Corona Pandemie beherrscht weltweit das Handeln der Regierungen, die politischen Debatten
6 und Entscheidungen und vor allem das Leben der betroffenen Menschen. In China, dem Land, in dem
7 die Pandemie ausgebrochen ist, scheint das Infektionsgeschehen fast beendet oder zumindest unter
8 Kontrolle zu sein. In Europa, dem zweiten Epizentrum verringern sich die Infektionen und die
9 teilweisen sehr strikten Restriktionen des privaten und öffentlichen Lebens werden schrittweise
10 gelockert. Dafür breitet sich die Pandemie im Nahen Osten, in vielen Ländern Lateinamerikas und
11 nach wie vor fast ungebremst in den USA aus. Obwohl weltweit und in enger Kooperation an
12 wirksamen Impfstoffen und wirkungsvollen Medikamenten geforscht wird, laufen alle Prognosen
13 darauf hinaus, dass die Pandemie noch längere Zeit bleiben wird. Jederzeit können auch die Länder,
14 die die Pandemie eingedämmt haben, wieder von einer zweiten und dann noch schrecklicheren
15 Welle überrollt werden. Alle Entscheidungen über Lockerungen der Restriktionen, über eine
16 Normalisierung des privaten und öffentlichen Lebens, über die Wiederaufnahme von Produktion und
17 Dienstleistungen, über wirtschaftliche Impulse oder die Wiederbelegung des Arbeitsmarktes werden
18 unter diesem Damokles Schwert getroffen.

19 Die Pandemie hat die negativen Seiten der Globalisierung mit brutaler Härte sichtbar gemacht. Ohne
20 die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, ohne die Eingriffe des Menschen
21 in die Ökosysteme wären so die Annahme vieler Forscher, die seit Urzeiten existierenden Viren nicht
22 auf den Menschen übertragen worden und zur tödlichen Gefahr geworden.

23 Ohne die fast grenzenlose Freiheit des Reisens aus geschäftlichen und privaten Gründen und die
24 Beschleunigung der internationalen Verkehrsströme hätte sich das Virus nie so schnell ausbreiten
25 können.

26 Ohne die globale Verflechtung der Weltwirtschaft, der Wertschöpfungsketten für Güter und
27 Dienstleistungen hätten die von den Staaten verfügbaren Grenzsicherungen und das Einfrieren des
28 öffentlichen Lebens und in Teilen der Wirtschaft nicht die Wachstumseinbrüche verursacht, die nun
29 zu befürchten sind. Oder anders ausgedrückt: die negativen Folgen des globalen Kapitalismus
30 gefährden die weltweite Kapitalverwertung und machen die ungelösten Fragen der Regulierung des
31 kapitalistischen Weltmarktes umso deutlicher.

32 Unübersehbar sind die tiefen sozialen Ungleichheiten. Betroffen sind vor allem die Ärmsten der
33 Armen, die Menschen in den Elendsvierteln der riesigen global Cities, die Menschen in den
34 Flüchtlingslagern und den Kriegsgebieten, die Menschen ohne ausreichende Möglichkeit, sich in der
35 Krise zu schützen, kaum vorhandene sanitäre Anlagen, fast ohne medizinische Hilfe und
36 Gesundheitsversorgung oder wie in einem der reichsten Länder den USA ohne Krankenversicherung.

37 Sichtbar geworden sind die katastrophalen Folgen vor prekärer, selbstständiger und vor allem von
38 Frauen geleisteter Arbeit.

39 „Weltweit sind Arbeiter*innen und Angestellte in einem unvorstellbaren Ausmaß von der Pandemie
40 betroffen. Sie kämpfen mit mangelndem Schutz bei der Arbeit, Sorgen um ihre Gesundheit, keinem
41 oder geringem Anspruch auf staatliche Hilfe, niedrigen Löhnen, schlechter Unterkunft, fehlender
42 Kinderbetreuung oder Angst aufgrund ihres Einwanderungsstatus. Die Covid-19-Pandemie, so die
43 ILO, beeinträchtigt die Lebensgrundlage von fast 2,7 Milliarden Arbeiter*innen und ihren Familien,
44 das sind vier von fünf aus der weltweiten Belegschaft. In vielen Ländern lässt sich ein dramatischer

45 Anstieg der Arbeitslosigkeit beobachten, laut ILO werden im zweiten Quartal 2020 rund 300
 46 Millionen Vollzeitstellen wegfallen. Und eine Abschwächung ist nicht abzusehen, da aktuell in acht
 47 der zehn bevölkerungsreichsten Länder der Erde die Fallzahlen weiter steigen.
 48 Damit verbunden sind massive Einkommensverluste und – bei rund 1,6 Milliarden Menschen – der
 49 komplette Verlust der Lebensgrundlage. Die Vereinten Nationen schätzen, dass aufgrund der
 50 Pandemie zum ersten Mal seit dreißig Jahren die Armut wieder ansteigen und zusätzlich eine halbe
 51 Milliarde Menschen in Armut fallen könnte. Viele von ihnen leben in „medizinischen Wüsten“ ohne
 52 Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Doch nicht nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern
 53 haben die Arbeitnehmer*innen massiv mit den finanziellen Folgen zu kämpfen: In New York, so
 54 Schätzungen, werden im Mai 40% der Mieter*innen nicht mehr in der Lage sein, ihre Mieten zu
 55 zahlen, 39% der in einer Studie der US-Notenbank befragten Amerikaner gaben an, bei unerwarteten
 56 Kosten von 400 USD in Schwierigkeiten zu kommen.
 57 Die Pandemie zeigt auch deutlich die unterschiedlichen Gesichter von Arbeit, wie polarisiert und
 58 prekär die Arbeitsmärkte und wie ungleich die Ressourcen verteilt sind, um mit den Folgen der
 59 Gesundheitskrise umzugehen. Diese treffen diejenigen Beschäftigten am härtesten, die in der
 60 Arbeitswelt ohnehin schon diskriminiert sind. Vor allem Migrant*innen, Tagelöhner, Flüchtlinge, die
 61 Armen in den Städten, Menschen ohne Papiere und Obdachlose auf der ganzen Welt trifft es, da die
 62 Unterstützungsnetze zusammenbrechen und Einkommensquellen und der Zugang zu lebenswichtiger
 63 Infrastruktur immer weniger zur Verfügung stehen. Etwa zwei Milliarden Menschen arbeiten in der
 64 „informellen Wirtschaft“, das heißt mit kurzfristigen Verträgen oder als Selbständige und weitgehend
 65 ohne sozialen Schutz. Dazu gehören Hausangestellte, Straßenverkäufer, Land- und
 66 Bauarbeiter*innen, Beschäftigte im Tourismus- und im Gaststättengewerbe. Und die wenigsten von
 67 ihnen können auch nur wenige Tage Stillstand ausgleichen. Von Doha, Iowa bis nach Coesfeld:
 68 Arbeitsmigranten, Saison- und Wanderarbeiter*innen sind weltweit der Pandemie am stärksten
 69 ausgesetzt. Auch sind Frauen von der Pandemie besonders betroffen – sowohl durch die Last der
 70 Sorgearbeit, die sie zu großen Teilen übernehmen, als auch durch Arbeitsplatzverluste und weil sie
 71 der Krankheit besonders ausgesetzt sind. Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Lebensmittel- und
 72 Gaststättengewerbe ist weiblich; im Gesundheits- und Sozialsektor arbeiten 70% Frauen.“

73 (Labour response zur Corona Pandemie: Catrin Schläger, Jochen Steinhilber FES Studie Mai 2020)

74 Eine weiterführende strategische Diskussion muss diese globalen Dimensionen immer einbeziehen.
 75 Es geht um die Wiederherstellung ökologischer Kreisläufe und den Schutz der natürlichen
 76 Ressourcen, die Eindämmung der Erderwärmung auf der einen Seite.

77 Auf der anderen Seite muss die überfällige Regulierung des globalen Kapitalismus, die Bekämpfung
 78 der Ausbeutung und prekärer Arbeitsverhältnisse sowie eine Politik der Umverteilung von Reichtum
 79 zum Abbau sozialen Ungleichheit weltweit und in Europa und Deutschland stehen. Letzteres muss die
 80 Leitidee der Antworten auf die Frage nach der Verteilung der Kosten der Krise, der Zukunft des
 81 Sozialstaates und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der Solidarität und Gerechtigkeit sein.

82

83 **Zum Zusammenhang zwischen der Renaissance der Nationalstaaten und der weiterhin** 84 **notwendigen internationalen Weltordnung**

85 Der bis vor kurzem noch Marktorientierte Staat, der immer mehr Aufgaben privatisiert hatte, mutiert
 86 in kürzester Zeit zum Notstandsstaat, der rigoros das für den Schutz der Bevölkerung als notwendig
 87 erachtete durchsetzt. Und die große Mehrheit akzeptiert diesen Notstand und die geraten in die
 88 Kritik, die zu spät, zu zögerlich und zu inkonsequent gehandelt haben. Denn die Folgen zeigen sich im
 89 rasanten Anstieg der Zahl der Infizierten und Verstorbenen.

90 Aber autoritäre Maßnahmen sind nicht die Lösung, sondern können auch zum Problem werden. Die
 91 massive Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten führt schnell zur Bedrohung, wo sie

92 Erfordernisse einer Krisenbewältigung überschreiten. Datenschutz, Versammlungsfreiheit,
 93 Bewegungsfreiheit – dies muss vor den Übergriffen von Politikern und Bürokratien geschützt werden,
 94 die nun ihre Stunde gekommen sehen. Ein Beispiel war der Gesetzentwurf der NRW Landesregierung
 95 zum Infektionsschutzgesetz oder die rigorosen Demonstrationsverbote, die erst durch ein Urteil des
 96 Bundesverfassungsgerichts aufgehoben wurden. Es zeigt sich jedoch, dass die föderale Verfassung
 97 der Bundesrepublik mit den Anforderungen der Krise besser umgehen kann, als zentralistisch
 98 verfasste Staaten.

99 Die Janusköpfigkeit autoritärer Regime zeigt sich am besten dort, wo die Pandemie ihren Ausgang
 100 nahm: in der marktkonformen Parteidiktatur in China. Aus Angst vor der Obrigkeit unterdrückte die
 101 Ärzt*innen, die das Virus entdeckt und vor ihm gewarnt hatte. Dann retteten extreme Repression
 102 und die Unterdrückung jeden öffentlichen Lebens, die Gesellschaft und das Regime vor der weiteren
 103 Ausbreitung zumindest vorerst

104 Die Krisenbewältigung durch die Nationalstaaten hat auch dem Nationalismus Auftrieb gegeben.

105 Weltweit und auch in der Europäischen Union wurden Grenzen wieder hochgezogen. Migration
 106 beendet, globale Vernetzungen unterbrochen, Lieferketten gestört. Der schon in der Weltfinanzkrise
 107 2008/ 2009 zerstörerische Wirtschaftsimperialismus wohlhabender Staaten verhindert bislang eine
 108 solidarische Überwindung der gravierenden wirtschaftlichen und damit sozialen Folgen der Krise.
 109 Staaten des europäischen Nordens weigern sich strikt, Anleihen des Südens mit zu garantieren.
 110 Zahlen für Italien, Spanien, Frankreich? Dies lehnen sie ab. Die USA halten strikt an ihrem
 111 nationalistischen Kurs fest, wollen Erfolge in der Bekämpfung des Virus anderen Staaten erst einmal
 112 vorenthalten.

113 Wo besonders Solidarität gefordert ist, an den Außengrenzen Europas, auf den griechischen Inseln,
 114 im Mittelmeer, lassen die Regierungen die Menschen lieber im Elend krepieren als sie aufzunehmen
 115 mit dem Risiko, rassistisch motivierten Empörungs- oder Angstwellen begegnen zu müssen. Denn in
 116 der Krise wächst die Angst, vor dem Virus wie vor dem Fremden, die für viele dieselbe Bedrohung
 117 darstellen

118 Aber um der Pandemie Herr zu werden, bedarf es der Solidarität- der transnationalen Solidarität der
 119 Wissenschaft, um den Virus zu entschlüsseln.

120 Ohne eine funktionierende und koordinierende WHO kann die Gefahr dieser und das Entstehen
 121 möglicher neuer Pandemien nicht gestoppt werden.

122 Ohne transnationale Solidarität wird das Virus noch längere Zeit in den Ländern Afrikas und
 123 Lateinamerikas und auch manchen asiatischen Regionen sich weiterverbreiten.

124 Und wenn die Nationalstaaten noch so sehr erstarken und selbst die globalen Wertschöpfungsketten
 125 zumindest teilweise entzerrt werden- etwa in der Herstellung überlebensnotwendiger Güter im
 126 Gesundheitswesen – bedarf es einer internationalen Regulierung der Märkte für Waren,
 127 Dienstleistungen und vor allem der Finanz- und Kapitalmärkte.

128 Ohne eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung werden auch die Migrationsbewegungen von den
 129 armen zu den reichen Ländern anhalten.

130 Und wie soll der weltweit drohende Klima Gau verhindert werden, ohne international wirksame
 131 Klimaschutzabkommen und diese Abkommen müssen auch geschlossen werden, um die endlichen
 132 Ressourcen der Erde nicht weiter über allen Maßen auszubeuten.

133 So sehr nationalstaatliche Sicherungen und Regulierungen aktuell helfen mögen, so schnell müssen
 134 sie wieder überwunden werden aber nicht mit einer Rückkehr zum bisherigen fast unbegrenzten

135 Kapitalismus, zu entgrenzten Märkten für Kapital und Gütern, zur weiteren Entmachtung
136 demokratischer Politik durch multinational agierende Konzerne wie Google, Amazon usw..

137 Vielmehr bedarf es einer Aufhebung nationalstaatlicher Handlungsmacht in einer internationalen
138 sozial- ökologisch regulierten globalen Weltordnung. Und zu dieser gehört an erster Stelle der Abbau
139 weltweiter Ungleichheit zwischen und in den Staaten und Regionen. Dies ist erstmal eine Überschrift,
140 aber dies müssen auch wir wieder mit Leben füllen.

141 **Zum Schutz der Gesundheit vor den Interessen der Wirtschaft**

142 Die verordneten Kontaktbeschränkungen und Schließungen des Bildungswesens, der Verwaltungen,
143 aber auch der privaten Dienstleistungsangebote, des Handels usw. verbunden mit einem Milliarden
144 Programm zur Überbrückung der schlimmsten Folgen für die Beschäftigten und viele Unternehmen
145 haben Erfolg gehabt, der sich in den Statistiken des Verlaufs des Infektionsgeschehens zeigt. Aber
146 nach einer ersten Schrecksekunde begannen die Lobbyisten und Interessenverbände der Wirtschaft
147 medial und wissenschaftlich unterstützt, Druck auszuüben, diese Einschränkungen aufzuheben.

148 Die Not der auf Kurzarbeit gesetzten oder arbeitslosen Beschäftigten und Soloselbstständige wurden
149 zum Hebel, um vorgebliche Pleiten und existenzbedrohende Beschränkungen von Unternehmen
150 aufzuheben. Viele Menschen sind verunsichert und fürchten negative Folgen sog. Lockerungen auf
151 ihre Gesundheit, aber sie sind auch erleichtert, über mehr Angebote in den Läden, eine gewissen
152 Rückkehr zur Normalität. Aber es geht eben nicht wie offiziell verkündet um eine Abwägung
153 unterschiedlicher Interessen, sondern um die schnelle Wiederherstellung der „unternehmerischen
154 Freiheit“ der Entgrenzungen der Kapitalverwertung.

155 Wie schnell es den Wirtschaftsverbänden gelang, ihre Interessen durchzusetzen zeigt, dass auch ein
156 starker Staat je nach politischer Konstellation zurückweicht, wenn er andere politischen Prioritäten
157 vor allem den Schutz der Bevölkerung nicht offensiv genug verteidigt und Alternativen entwickelt
158 werden. Wenn sich der Bund an der Rettung des Lufthansa Konzerns beteiligt, wäre eine wirksame
159 Mitbestimmung notwendig gewesen. Wenn Milliarden zur Rettung von Unternehmen bereitgestellt
160 werden, müsste diese an gute Arbeitsbedingungen und die Mitbestimmung der Beschäftigten
161 gebunden werden.

162 Vorrang muss bei allen Lockerungen für die Wirtschaft der Schutz der Gesundheit der Beschäftigten
163 haben. Erst durch Corona Infektionen wurde die seit Jahrzehnten bestehende und öffentliche
164 Ausbeutung von Beschäftigten auf der Basis von Werkverträgen in der Fleischindustrie aber auch in
165 anderen Industrien bekannt. Nun musste der Staat den langen vernachlässigten Arbeitsschutz wieder
166 reaktivieren und sittenwidrige Werkverträge verbieten. Aber wäre das ohne das Virus auch
167 geschehen?

168 Aber trotz aller Lockerungen und Rettungsschirme ist es eine Illusion zu glauben, die schrittweise
169 Beendigung von Restriktionen für die Wirtschaft, die Kultur, und das öffentliche Leben würde relativ
170 schnell zu einem Aufschwung führen, der dann wieder Arbeit und Wohlstand für alle bringt. Die mit
171 der Wirtschaft eingefrorenen Konflikte und Richtungsentscheidungen zwischen Ökonomie und
172 Ökologie, der Strukturwandel von der Industrie zur Industrie und Dienstleistungsgesellschaft, die
173 ungeklärten Risiken der Digitalisierung unter dem Vorzeichen der Vormacht weltweiter Konzerne für
174 Datenschutz und informelle Selbstbestimmung wie unter der Maßgabe von Rationalisierung und
175 Effizienzsteigerung werden mit voller Wucht virulent werden.

176 Ein zur Kapitallogik alternativer ökologischer und sozialer Entwicklungspfad, für den ja bereits
177 zahlreiche Vorschläge entwickelt wurden, muss zu politischen und vermittelbaren Forderungen
178 verdichtet und mit der Umsetzung begonnen werden. Ein erster Schritt wäre, wenn es, wenn es

179 gelingt alternative Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine stärkere Rolle des
 180 Staates und dabei sind vor allem die Gebietskörperschaften und die öffentlichen Unternehmen
 181 gemeint, in der Generierung neuer Arbeit im Gemeinwesen, der Kultur, der Bildung wie beim
 182 ökologischen Umbau in Abstimmung oder gar zu Unterstützung des notwendigen
 183 Gesundheitsschutzes ist die Alternative zur (illusionären) Rückkehr zu den Zeiten vor der Pandemie..

184 **Zur Bedeutung und Aufwertung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen und der Arbeit der**
 185 **Frauen.**

186 Die Corona Pandemie betrifft alle Menschen unabhängig von Herkunft und Nationalität, Land und
 187 Stadt und welche Klassenlagen, Machtpositionen, Kulturen und Vorurteilen und Zuschreibungen
 188 trennen oder spalten. Der Virus bedroht die Reichen wie die Armen, die Ohnmächtigen wie die
 189 Mächtigen, die Gläubigen wie die Ungläubigen, die Demokraten wie die Autokraten und der einzige
 190 Perspektive besteht darin, davon zu kommen oder infiziert zu werden, zu genesen oder zu sterben.

191 Der Tod ist der große Gleichmacher und so steht Solidarität aller mit allen derzeit hoch im Kurs.

192 Selbstschutz und der Schutz anderer lautet die Parole und dies, so die Politik schützt nicht vor der
 193 Infektion aber unser Gesundheitswesen vor der Überlastung.

194 Dabei wurde kaum einmal erwähnt, dass dieses Gesundheitswesen in den letzten Jahrzehnten durch
 195 mangelnde Investitionen der Länder und durch ein brutales marktwirtschaftlich orientiertes
 196 Abrechnungssystem (Fallpauschalen) fast kaputtgespart worden ist und in immer größerem Umfang
 197 privatisiert wurde. Mehr als 160 000 Menschen fehlen in der Krankenpflege. Das Personal arbeitet
 198 bis an den Rand der Erschöpfung. Ihnen tut es gut, dass sie, die mehr als zwei Jahrzehnte um
 199 Anerkennung und vor allem mehr Personal kämpfen, nun Helden sind aber sie fragen und fordern zu
 200 Recht, wo bleibt die Gehaltserhöhung, wo bleibt das zusätzliche Personal, wo bleibt die
 201 Arbeitszeitverkürzung und wann werden die weitgehend dem Profit privater Klinikbetreiber wie
 202 Helios oder Asklepius ausgelieferten Kliniken endlich wirksam wieder in die öffentliche
 203 Gesundheitsvorsorge integriert? Die vorrangige Konsequenz aus der Coronakrise muss die Rückkehr
 204 zu einem wirksamen und nicht dem betriebswirtschaftlichen Kostendenken einzig unterworfenen
 205 öffentlichen Gesundheitswesen sein. Die unter Kohl 1984 eingeräumt Möglichkeit, dass Kliniken
 206 Gewinn machen können, muss wieder gestrichen werden.

207 Gleiches gilt für die Altenpflege. Fast in Vergessenheit geraten wären die Altenheime, wären da nicht
 208 die Katastrophen in Heimen mit immer mehr Infizierten und vielen Toten. Die Landesregierungen
 209 verhängten ein Besuchsverbot, aber dass es einer sofortigen und umfassenden Ausrüstung mit
 210 Schutzkleidung und vieler anderer Maßnahmen bedurft hätte, wurde vernachlässigt oder einfach
 211 nicht gewollt. Die Altenpflege ist weitgehend dem Wirken privater Träger und Anbieter überlassen
 212 aber geht es nicht allein um privat oder gemeinnützig, sondern um die bestmögliche und vom
 213 Einkommen unabhängige Pflege. Wie harte Konflikte dabei auszutragen sind, zeigt der Streit um die
 214 Bezahlung der nun tariflich zugesagten Prämie von 1500 Euro für die dort Beschäftigten.

215 Gesundheit und Pflege sind zwei herausragende Beispiele für das, was in der
 216 Dienstleistungsforschung und – Politik gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind.

217 Erziehung und Bildung gehören ebenso dazu, wie das was unter kritischer Infrastruktur verstanden
 218 wird: Mobilitätsdienstleistungen, Energie, Wasser, Ver – und Entsorgung, Sicherheit auch die
 219 Gewährleistung der Nahversorgung. Auch wenn sie öffentlich oder privat erbracht werden, so steht
 220 der Staat in der Verantwortung, dass sie angeboten werden und zwar in guter Qualität und mit guten
 221 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Und darum muss die Lohnlücke zwischen Frauen und

222 Männern abgebaut, prekäre Arbeit und die Unsicherheit solosebständiger Arbeit abgebaut,
223 Mitbestimmung und Mitgestaltung ausgebaut werden.

224 In der Weltwirtschaftskrise galten neben den Banken die Industrie als Systemrelevant. Jetzt sind es
225 die gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen. Sie auszubauen und weiterzuentwickeln erfordert
226 eine andere Schwerpunksetzung der Politik.

227

228 **Zum Widerspruch zwischen der verkündeten Solidarität und der verschärften sozialen Spaltung**

229 Bei allen notwendigen Maßnahmen wie dem Abstandsgebot, dem Selbstschutz mit Masken und der
230 nach wie vor möglichen Schließung von Räumen möglicher Infektionen von der Kneipe bis zum
231 Museum, die ja auch bisher wirken, wird außer Acht gelassen, dass die Chancen, die Krise zu
232 überleben auch von der sozialen Lage abhängen. Die Krise droht nicht die Gesellschaft zu spalten,
233 sondern die vorhandene Spaltung zu vertiefen.

234 Während sich Reiche und Einflussreiche wesentlich besser schützen können, ihnen die besten
235 medizinischen Dienstleistungen zur Verfügung stehen, sie keine Angst um ihre Existenz haben
236 müssen, muss sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung darauf verlassen, dass sie im Notfall
237 medizinisch versorgt wird und in und nach der Krise wieder ihre Existenz sichern kann. Aber auch bei
238 dieser Mehrheit nimmt die Spaltung zu: Für gut situierte Mittelschichtsangehörige, die wirtschaftlich
239 stark sind, bedeutet Krise, dass sie auf den Sport, Kultur und gutes Essen verzichten müssen, aber sie
240 haben genug Raum zum Leben und ihre Kinder gehören auch in der Krise zum besonders geförderten
241 deutschen Bildungsadel, der sich jetzt nur Sorge um die Abschlüsse machen muss. . Als plötzlich die
242 Schulen schließen mussten, da wurde zuerst über die gelungene Verlagerung des Unterrichts auf das
243 digitale Lernen berichtet. Erst nach 6 Wochen Schließung hat sich die Tatsache, dass ein großer Teil
244 von Kindern und Jugendlichen aus wirtschaftlich schwachen Familien gar kein Laptop oder einen
245 Internetanschluss leisten kann, in den Medien und der Politik herumgesprochen. Wie weit entfernt
246 politische Entscheidungsträger von der Wirklichkeit sind, zeigt sich im Umgang mit Kindern. Erst jetzt
247 in der sechsten Woche nach Beginn der Kontaktbeschränkungen und Schließungen wird bekannt,
248 dass Kinder auch Kinder brauchen, um sich entwickeln zu können und gesund zu bleiben. Und erst
249 jetzt wird bekannt, dass die Annahme, Kinder würden besonders das Virus verbreiten nicht mehr als
250 eine Vermutung ist. Wenn es dann zur Öffnung von Kitas, zur Freigabe von Spielplätzen, Öffnung von
251 Jugendeinrichtungen oder auch zur Öffnung von Altenheimen kommt, dann muss dies professionell,
252 an den Interessen der Betroffenen wie der Beschäftigten orientiert sein und ein maximaler Schutz
253 gewährleistet werden.

254 Immer noch weitgehend unter der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit leben Millionen
255 Menschen in zu kleinen Wohnungen, müssen mit einer Grundsicherung zurechtkommen, von der sie
256 nach dem Wegfall von zusätzlichen Angeboten wie die Versorgung durch Tafeln oder dem
257 kostenlosen Mittagessen für die Kindern kaum leben können. (Es bedurfte einer Intervention von
258 Rolf Mützenich, dass das BMAS klar gestellt hat, dass Kindern in der Grundsicherung auch bei
259 geschlossenen Einrichtungen ein Essen angeboten werden muss – die Landesregierung von NRW
260 hatte das Vergessen) Aber auch Wohnungslose, Bettler, Menschen mit Handicaps verarmen in der
261 Krise. Christoph Butterwegge fordert daher zu Recht einen Rettungsschirm für die Ärmsten und die
262 Linke einen Sozialzuschlag von 200 Euro für Empfänger von Grundsicherung.

263 Solidarität die Spaltung überwindet heißt Schutz all derer, die auf den Sozialstaat angewiesen sind.
264 Sie muss Vorrang haben, vor den Interessen der Wirtschaft haben, vor Schutzschirmen für die
265 Reichen und Einflussreichen. In der Krise, die alle betrifft, ist der Sozialstaat gefordert und das
266 bedeutet Umverteilen von Ressourcen und Aufmerksamkeit. Ein aktiver Sozialstaat mit einem gut

267 ausgebauten öffentlichen Sektor und gut bezahlten Beschäftigten, der seine vielfältigen Aufgaben
 268 zielorientiert und an den Bedürfnissen der ausrichtet, ist die einzig sinnvolle und humane
 269 Konsequenz aus der Krise. Dies muss politisch schon jetzt erkämpft werden gegen die, die Freiheit
 270 predigen, aber die Rückkehr zum Neoliberalismus, zum Sozialstaatsabbau und dem Recht des
 271 Stärkeren wollen.

272 **Zur sozialdemokratischen Politik in der Krise**

273 Die Krise ist zuerst einmal die Stunde der Exekutive. Das gilt mehr oder weniger für alle Staaten.
 274 Denn die Exekutive hat die Macht über die Menschen auf ihrem Territorium und sie verschafft sie
 275 sich mit der Legitimation, nur so die Menschen vor dem Virus schützen zu können. Dabei erleben wir
 276 durchaus unterschiedliche Wege, die die Exekutiven der Welt gehen: Verkennen der Gefahr,
 277 Vernachlässigung des Schutzes, dann panische Repression, autoritäre Schließungen oder aber eine
 278 situationsgerechte Politik, die zuerst einmal je nach Gefahrenlage sehr harte Maßnahmen verhängt
 279 und dann angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Folgen jetzt nach Auswegen sucht. Die
 280 Legislative hat in den demokratischen Staaten Einfluss auf das Handeln der Exekutive behalten – Die
 281 ist Krise auch Stunde des Parlaments, sagt Rolf Mützenich. Aber sie muss dies hin und wieder
 282 mühsam durchsetzen. Denn autoritäre Politiker nutzen die Krise auch, um sich dauerhaft mehr
 283 Macht zu sichern und sie stützen sich dabei auf die Illusion vieler, dass eine starke Hand, sie sicher
 284 durch die Krise führen könnte. Aber die oben aufgezeigten Widersprüche haben deutlich gemacht,
 285 dass es in der Krise unterschiedliche Wege und oft gegensätzliche Interessen gibt und diese werden
 286 dann noch stärker zum Tragen kommen, wenn es um Wege aus der Krise und die politischen
 287 Entscheidungen nach der Krise geht- wobei diese ja nach eine bisher nicht zu bestimmende Zeit
 288 dauern kann.

289 Daher muss es in diesen Krisenzeiten eine offene, auch kontroverse und demokratisch ausgetragene
 290 Auseinandersetzung nicht nur über den angemessenen Ausweg aus der Krise geben, sondern sie ist
 291 auch über die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Klassenkonflikte notwendig.

292 In dieser Diskussion muss sich die SPD deutlich und klar zu Wort melden. Die SPD-Minister*innen, die
 293 Fraktions- und die Parteiführung haben den Bezug der SPD zu den Interessen der Arbeitnehmerinnen
 294 und Arbeitnehmer wie der Soloselbstständigen deutlich gemacht. Vieles reicht nicht aus, aber wie
 295 das Beispiel der Erhöhung des Kurzarbeitergeldes zeigt, mit gesellschaftlichem und
 296 gewerkschaftlichem Druck, lassen sich zumindest Teilerfolge erzielen. Gleiches gilt für die
 297 Beibehaltung des Verbotes der Sonntagsarbeit durch das BMAS und dass die Fraktion auf der
 298 Verabschiedung der Grundrente beharrt. Die Parteiführung hat die Frage der Kosten der Krise
 299 gestellt und diese mit der Forderung nach einer Vermögensabgabe verbunden. Die Politik der
 300 schwarzen Null wurde beendet, ein Konjunkturpaket gefordert und Geld für Schutz- und
 301 Rettungsschirme genehmigt. Aber nun brauchen wir einen Abbau gesellschaftlicher Spaltung, den
 302 Ausbau des Sozialstaates.

303 Den Freiheitsaposteln, die darunter die möglichst schnelle Befreiung der Märkte und die
 304 Wiederbelegung des neoliberalen Modells mit staatlicher Subvention und die Umverteilung der
 305 Kosten auf die Schultern der wirtschaftlich schwachen und zu Lasten des Sozialstaates verstehen,
 306 müssen wir, Sozialdemokrat*innen die Alternative eines handlungsfähigen und sozial gerecht
 307 finanzierten Sozialstaates gegenüber stellen.

308 Konflikt behaftet bleibt die Haltung gegenüber den sog. Corona Bonds und einer solidarischen EU-
 309 Politik werden. Aber ohne eine Europäische Politik der Solidarität nicht mit Italien, Spanien oder
 310 Frankreich, sondern mit den von der Krise besonders betroffenen Menschen, die dringend gute
 311 Arbeit brauchen, deren Sozialstaat nicht weiter ausgehöhlt werden darf, lässt sich die Krise nicht
 312 überwinden. Er muss auch in diesen Ländern durch Umverteilung von oben nach unten finanziert

313 werden. Ein europäisches Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm aber wird nur von allen in der
314 EU gerecht finanziert werden müssen. Gerade weil die Nationalstaaten so stark und die Europäische
315 Union so schwach geworden ist, muss Europäische Solidarität beim ökonomischen Wiederaufbau
316 beginnen, der eine ökologische Perspektive braucht.

317 **Zu Themen für eine längerfristige Orientierung**

318 Alle der hier angesprochenen Themen wurden und werden in der SPD diskutiert. Sie sind teilweise
319 Bestandteil aktueller politischer Entscheidungen. Aber eine darüber hinaus gehende Orientierung,
320 wie es denn in und nach der Krise weiter gehen soll, fehlt.

321 Wie radikal setzen wir uns für die ökologische Orientierung von Produktion und Dienstleistungen
322 ein? Die natürlichen Ressourcen für dieses Jahr wurden bereits verbraucht. Nachhaltigkeit und eine
323 Wiederherstellung ökologischer Kreisläufe und die Trennung von Natur und vom Menschen
324 geschaffener Zivilisation kann uns vor einer nächsten Pandemie retten. Nur eine radikale Senkung
325 von Emissionen wird die Erderwärmung noch aufhalten.

326 Diese Ziele verlangen eine neue Industriepolitik, die sehr viel stärkere Eingriffe in unternehmerische
327 Freiheiten verlangen und in staatlich und gesellschaftlich entwickelte Leitlinien etwa einer
328 nachhaltigen Entwicklung eingebunden werden muss.

329 Wie radikal und international setzen wir uns hier für den Abbau sozialer Ungleichheit, für eine
330 gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung ein. Willy Brandt ist schon lange tot, aber seine
331 Vorschläge und die seiner Nord- Süd Kommission sind doch immer noch aktuell, auch weil sie nicht
332 oder nur kaum durchgesetzt wurden. Dem globalen Kapitalismus muss die globale Gleichheit und
333 Gerechtigkeit abgerungen werden.

334 Thomas Piketty schreibt: „Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine
335 ideologische und politische Ungleichheit. Es kommt anders gesagt, in der Geschichte ganz
336 entscheidend auf Ideen und Ideologien an. Sie sind es, die es uns stets erlauben, uns neue Welten
337 und Gesellschaften vorzustellen. Wir haben es immer mit einer Vielzahl möglicher Wege zu tun.“

338 (Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, München 2020 S. 21f.

339 Fangen wir damit an, uns eine andere Welt vorzustellen als die, die jetzt in ihrer krassen
340 Ungerechtigkeit sichtbar wird.